76. Jahrgang. Nr. 68 Mittwoch, 10. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3,90 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Brünings letzte Worte in Genf

Der Kanzler empfängt die internationale Presse

Genf, 9. Febr. Der Reichskanzler verließ heute um 17,37 Uhr Genf in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Fechlin und Oberregierungsrat Planck. Staatssekretär v. Bülow bleibt wegen der Ratsverhandlungen noch einige Tage in Genf.

Vor seiner Abreise empfing Reichskanzler Dr. Brüning heute nachmittag mehr als 200 Vertreter der internationalen Presse. Der Kanzler teilte mit, daß er die Absicht habe, im Laufe der Verhandlungen der Abrüstungskonferenz noch einmal nach Genf zurückzukommen. Es sei ein Gebot des Rechtes, führte der Kanzler weiter aus, wenn Deutschland die Forderung erhebe, daß nach so vielen Jahren nunmehr auch die übrigen Länder dem deutschen Beispiel der Abrüstung folgen. „Ich bitte, nicht zu glauben", erklärte der Kanzler, „daß in dieser Beziehung im deutschen Volke verschiedene Auffassungen bestehen könnten." Das sei ein Standpunkt, der für andere Auffassungen nichts Verletzendes habe. „Ich bin der festen Ueberzeugung", fuhr Dr. Brüning fort, „daß die Konferenz zu positiven Ergebnissen führen wird, vorausgesetzt, daß der gute Wille besteht und der Druck der öffentlichen Meinung ebenso stark bleibt, wie er sich in den Abrüstungskundgebungen gezeigt hat. Ich halte den Zeitpunkt für gekommen, daß jetzt auf den Gebieten, auf denen die ganze Menschheit letzten Endes die gleichen Forderungen erhebt — ich meine die Abrüstung und die politischen Zahlungen — die verantwortlichen Staatsmänner mutig die Konsequenzen aus den jetzt gewonnenen Erkenntnissen ziehen müssen.

Ich trage die Verantwortung für die Politik eines Volkes, das nach der Inflation seine Wirtschaft wieder aufgebaut hatte und das jetzt durch Vorgänge von außen her in eine fürchterliche Lage gekommen ist."

Dr. Brüning wies auf die Zerrüttung der Weltwirtschaft hin und erklärte zum Schluß: „Ich kann Ihnen nur das eine sagen, wenn die Dinge so weitergehen wie seit zwei Jahren, so kann man für die ganze Menschheit nur trübe in die Zukunft blicken. Ich bitte Sie deshalb, mutig dafür einzutreten, daß klare Bahn geschaffen wird."

Die Ausführungen des Reichskanzler machten auf die Zuhörerschaft einen nachhaltigen Eindruck und lösten spontane Beifallsbezeigungen aus.

Neuer Hilferuf Chinas an den Völkerbund

England bleibt reserviert

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 9. Februar. Auf schärfstes Drängen des chinesischen Ratsmitgliedes Yen ist heute sehr widerstrebend der Rat nach 6 Uhr abends einberufen worden. Wieder stand man unter dem starken Eindruck, daß mitten in die Abrüstungskonferenz hinein der Donner der Geschütze dröhnt, während gleichzeitig die Vertreter der kriegführenden Mächte gemeinsam am Ratstisch und in den anderen Völkerbundshallen sitzen.

Der Chinese schilderte nochmals die Kämpfe in und um Schanghai, den neuen japanischen Vormarsch in der Mandschurei und die Entsendung neuer japanischer Truppen und Schiffe, die weitere schwere Kämpfe voraussehen ließen. Er verlangte vom Rat neue wirksame Maßnahmen zur Beendigung der Feindseligkeiten. Zögern dürfte den Tod vieler Frauen und Kinder bedeuten.

Unbeweglich hörte der Japaner Sato diese Klagen an.

Er verwies seelenruhig auf den kürzlich eingetroffenen Bericht der provisorischen Völkerbundskommission in Schanghai, der in vielem den japanischen Standpunkt und die japanische Darstellung der Ereignisse bestätigte, ein Bericht, den der Vertreter Chinas nicht erwähnt habe. Sato berief sich weiter auf in Gang befindliche Verhandlungen zwischen Japan und den anderen in China interessierten Mächten — natürlich außer China selbst! — und erklärte sich nochmals grundsätzlich bereit, einer neutralen Zone in Schanghai zuzustimmen. Nur müsse diese an Ort und Stelle auf Grund von Verhandlungen festgelegt werden. Hier in Genf könne man das nicht genügend beurteilen.

Der Japaner versicherte zum Schluß, seine Regierung habe nur den einen Wunsch, die Feindseligkeiten baldmöglichst zu beenden, was im Saale vereinzeltes Lachen auslöste,

worauf Paul Boncour als Präsident energisch mit dem Hammer auf den Tisch schlug. Sato meinte darauf, obwohl die öffentliche Meinung nicht mit Japan gehe, sei das Verhalten seines Landes doch von China diktiert.

Als erster Vertreter der europäischen Ratsmächte sprach anschließend

der englische Außenminister Simon,

der die letzten Erklärungen des japanischen Vertreters zur Kenntnis nahm und die Hoffnung auf eine günstigere Entwicklung allerdings ohne jede Begründung aussprach. Der englisch-amerikanische Schritt ist nach seiner Meinung doch nicht ohne gewissen Erfolg gewesen. Damit widersprach er dem chinesischen Vertreter Yen offenbar in der Absicht, den Prestigeverlust Englands zu verwischen und Gründe für das weitere Nichtstun des Rates zu finden. Noch klarer kam das in den Worten des Ratspräsidenten Paul Boncour zum Ausdruck, der höchst kühl aussprach, man könne eben doch nichts tun, und der klar erkennen ließ, daß ihm die ganze Ratsitzung unerwünscht war. Der Rat bemüht sich also, seine Ohnmacht wieder einmal unter Beweis zu stellen. Wie verlautet, soll zwischen der englischen und amerikanischen Regierung eine Verständigung dahin erzielt worden sein, daß zunächst die Entwickelung des Konflikts abzuwarten ist und ein Eingreifen der beiden Großmächte nicht stattfinden soll.

Litauen will sich der Verantwortung entziehen

Neuer deutscher Schritt in Genf

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 9. Febr. Da der litauische Außenminister Zaunius auf den deutschen Schritt in Genf aus durchsichtigen Gründen telegraphiert hat, er sei krank und könne nicht kommen, und da er auch nicht einen bevollmächtigten Vertreter ernannt hat, wurde am Spätnachmittag folgender neuer Brief von deutscher Seite dem Rat übergeben: „An den Generalsekretär des Völkerbundes. Den Mitgliedern des Rates ist bekannt, daß der Herr Reichskanzler Dr. Brüning im Namen der deutschen Regierung eine ernste, äußerst dringliche Angelegenheit des Memelgebiets vor dem Rat anhängig gemacht und um sofortige Sitzung des Rates zu diesem Zwecke gebeten hat. Zu meinem großen Bedauern kann die Angelegenheit nicht in der heutigen Sitzung verhandelt werden, weil kein bevollmächtigter Vertreter der litauischen Regierung in Genf anwesend ist.

Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß meine Regierung die Angelegenheit für so wichtig und dringlich hält, daß diese keinerlei Aufschub mehr zuläßt.

Sollte daher die Frage der Teilnahme eines bevollmächtigten Vertreters der litauischen Regierung nicht unverzüglich geklärt werden, so muß ich mir vorbehalten, wegen der weiteren Behandlung der Angelegenheit die notwendigen Anträge zu stellen. Ich darf Sie bitten, diesen Brief zugleich zur Kenntnis des Rates zu bringen. Gez. v. Bülow."

Der Brief ist energisch im Ton, aber er deutet nicht an, was Deutschland gegebenenfalls tun würde, wenn Litauen sich weiter der Verantwortung entziehen will. Obgleich wir die deutschen Schritte in Genf für nötig halten, schon zur Aufklärung der Weltöffentlichkeit, so darf sich Deutschland selbstverständlich nicht damit allein begnügen und darf nicht beim Völkerbundsrat einen guten Willen voraussehen, der hier nicht vorhanden ist.

Litauisches Spiel mit dem Feuer

Memel, 9. Februar. Wie verlautet, planen die litauischen Jungschützen, die „Schaulu Sajunga", für den 11. Februar einen großen Aufmarsch in Memel. Zu diesem Zweck sind ihnen, wie es heißt, von Kowno aus Sonderzüge zur Verfügung gestellt worden. Wenn auch noch nicht mit Sicherheit feststeht, welcher Art die Veranstaltung sein soll, muß doch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß in jedem Fall eine erhebliche Verschärfung der Lage eintreten könnte und dieser Aufmarsch ein Spiel mit dem Feuer ist.

Die KPD. regiert

Unter diesem Titel hat ein kommunistischer Schriftsteller ein Buch veröffentlicht, das wohl den Zweck verfolgt, dem bürgerlichen Deutschland das Gruseln vor dem Bolschewismus abzugewöhnen. Man kann sich nicht vorstellen, daß eine solche „realpolitische Utopie", wie sich das Werk bezeichnet, ohne Wissen und Willen der kommunistischen Parteileitung erscheint und man darf daraus den weiteren Schluß ziehen, daß ihr Bedenken gekommen sind. Bedenken nämlich darüber, daß nach allen Wahlerfahrungen des letzten Jahres die kommunistische Parole nur im sozialistischen Lager werbende Kraft hat, während die anderen Volksschichten in entgegengesetzter Richtung abwandern. Für die Revolutionierung der Massen als Voraussetzung zur Errichtung einer deutschen Rätediktatur bietet diese Entwicklung nicht die geeignete Grundlage. Darum soll uns offenbar der Bolschewismus auf literarischem Wege menschlich nähergebracht werden. Ja noch mehr, man will uns einreden, daß er allein imstande sei, Deutschlands nationale Hochziele zu verwirklichen.

In gewissem Sinne ist dieses kommunistische Zeitdokument ein Gegenstück zu den berüchtigten Boxheimer Dokumenten, nur mit dem Unterschied, daß es vollständiger und geschickter abgefaßt ist. Der Verfasser malt über den Zeitraum eines Jahres aus, was die KPD. tun würde, wenn ihr die Macht zufiele. Nur die unverfängliche Form, die er gewählt hat, schützt ihn vor dem Zugriff des Reichsanwalts.

Wie ist es also, wenn die KPD. regiert? Eigentlich haben wir schon genug Anschauungsunterricht erlebt, um uns diese Frage selbst beantworten zu können. Abgesehen von Rußland, dessen Beispiel nicht gerade verlockend ist. In Deutschland haben wir zum Beispiel, wenn auch nur für ein paar Wochen, eine Rätediktatur in München gehabt. Ihr Kennzeichen war eine wüste Pöbelherrschaft; die Regierung erschöpfte sich im Requirieren von Lebensmitteln und in Gewalttätigkeiten vom gewöhnlichen Straßenterror bis zu den Geiselerschießungen. Nicht anders war es in Mitteldeutschland, besonders in Sachsen, in der Zeit, in der Max Hölz einen Staat im Staate aufgerichtet hatte. Diese unangenehmen Erinnerungen sollen jetzt verwischt werden. Die KPD. — das ist der stillschweigende Einwand des Buches — hatte damals ja keine Zeit, um die Segnungen ihres Programms auswirken zu lassen; alle ihre Energien wurden durch die Notwendigkeiten des Bürgerkrieges aufgezehrt. Wie wäre es aber, wenn sie ohne solche Hemmungen, durch Vorurteile unbeirrt, ein Jahr lang in Deutschland schalten und walten könnte? Es ist immerhin interessant, wie sich die Antwort in intellektuellen Köpfen der KPD. widerspiegelt.

Schon die Art der Machtergreifung ist eine Utopie, aber keine realpolitische. Diese verzwickte Frage wird durch einen Trick gelöst, ungefähr in der Art, wie man die Störung der Hindenburgrede in der Neujahrsnacht bewerkstelligt hat. Es ist wieder Neujahrsnacht. Die Reichsregierung ist zusammen mit der preußischen und den maßgebenden Wirtschaftsführern zu einer wichtigen Beratung versammelt. Da dringen zwei echte Polizeioffiziere ein, die heimlich schon seit langem im Dienste der KPD. stehen, gefolgt von zwei Hundertschaften unechter Polizisten, die in Wirklichkeit rote Frontkämpfer sind. Die Regierungsversammlung wird kurzerhand verhaftet und in der Reichskanzlei auf ein Jahr eingesperrt. An ihre Stelle setzt sich die Zentrale der KPD. und niemand erfährt von dem Streich. Die neue Regierung veröffentlicht sofort eine Bekanntmachung, daß sie beschlossen habe, ein Jahr lang als „deutsche Klausurregierung" vollständig abgeschlossen, mit diktatorischen Vollmachten, die Krise zu heilen. Nur zwölf neuernannte Staatssekretäre, natürlich zuverlässige Kommunisten, vermitteln den Verkehr mit der Außenwelt. Durch Schilderung von Einzelheiten wird versucht, diese verrückte Konstruktion plausibel zu machen. Es lohnt sich nicht, weiter darauf einzugehen; sie bildet ja auch nur die theoretische Grundlage für die folgende, durch Aufruhr und Blutvergießen unbelastete kommunistische Diktatur.

Der Staatsstreich ist also gelungen; das Volk hat nichts gemerkt, es glaubt, von dem bisherigen Kabinett aus der Klausur regiert zu werden, und die Presse spendet nach der ersten Ueberraschung dem neuen System sogar Beifall. Lassen wir es dabei bewenden, um die kommunistische Zentrale endlich regieren zu lassen. Ihre erste Tat ist eine 23teilige große Notverordnung, die alle in Deutschland bestehenden Verhältnisse auf den Kopf stellt, die aber vom Volk offenbar nicht als revolutionierend empfunden werden soll. Zunächst werden alle Parlamente vom Reichstag bis zu den Gemeindevertretungen aufgelöst und durch Kommissare ersetzt. Dann folgt eine umstürzende Reichs- und Verwaltungsreform. Die Länder fallen weg; das Reich wird unitarisch und gliedert sich in 23 Gaue. Der Freistaat Sachsen bildet einen solchen mit der Bezeichnung Ober-